

Die Bildung des Landes Thüringen am 1. Mai 1920

„Die Länder Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen, Reuß, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Gotha ohne das Gebiet von Coburg, Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen werden mit Wirkung vom 1. Mai 1920 zu einem Lande Thüringen vereinigt“. Mit der durch Reichsgesetz vom 30. April 1920 realisierten Bildung des Landes Thüringen gelangte ein windungsreicher Prozess an seinen Höhepunkt, der sowohl die öffentliche Meinung als auch die Regierungen und Landtage der thüringischen Frei- und Volksstaaten in den zurückliegenden 18 Monaten aufs Intensivste beschäftigt hatte.

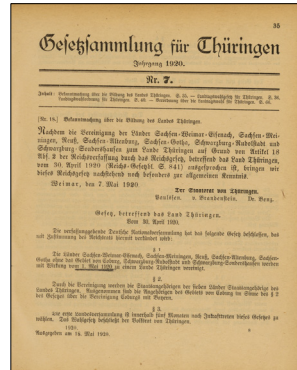
Bereits früher, im Verlauf des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, hatte es Bestrebungen gegeben, den „Thüringer Kleinstaatenjammer“ (Arthur Hofmann), der sich nach Meinung nicht weniger Zeitgenossen insbesondere in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht nachteilig auswirkte, zu überwinden. Alle Bemühungen scheiterten jedoch am Widerstand vor allem der herrschenden Monarchen. Mit ihrem Sturz im Gefolge der revolutionären Ereignisse des November 1918 – zwischen dem 9. und 25. des Monats dankten alle thüringischen Landesfürsten ab – ergaben sich günstige Voraussetzungen für die Bildung eines einheitlichen Landes und die Überwindung der seit dem Mittelalter bestehenden staatlichen Zersplitterung Thüringens.

Von verschiedener Seite wurde in diesem Zusammenhang die Forderung nach Schaffung eines „Großthüringens“ erhoben, welches neben den thüringischen Kleinstaaten auch Teile des preußischen Thüringen umfassen sollte. Diese Option scheiterte jedoch spätestens Mitte August 1919 am Widerstand der preußischen Regierung, mit der wiederholt entsprechende Verhandlungen geführt wurden, bzw. der Bevölkerung in den preußisch-thüringischen Gebietsteilen. Erst 1945 konnte sie teilweise realisiert werden. 1919/20 war hingegen nur eine „kleinthüringische“ Lösung ohne das preußische Thüringen zu erreichen.

Zu diesem Zweck hatten sich die Landtagspräsidenten und Regierungsvertreter von Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Gotha, Sachsen-Coburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen und Reuß bereits am 20. Mai 1919 auf die Bildung einer Staatengemeinschaft festgelegt, welche die gänzliche Verschmelzung der beteiligten Einzelstaaten vorbereiten sollte. Die Gemeinschaft, der insgesamt weitreichende Rechte übertragen wurden, war u. a. ermächtigt zur Regelung sämtlicher Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung für die Einzelstaaten und unterhielt mit dem Volksrat sowie dem Staatsrat eigene Organe.



Plenarsaal des Volksrates von Thüringen im Weimarer Fürstenhaus (Fotoatelier Louis Held / Aufnahme: Stadtmuseum Weimar)



Bis Ende Juni 1919 erfuhr der „Gemeinschaftsvertrag“ die verfassungsmäßige Genehmigung der Volksvertretungen – mit Ausnahme derjenigen von Sachsen-Meiningen und Sachsen-Coburg.

In beiden Staaten fühlte sich ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung als Franken und tendierte deshalb sowie aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus zu einem Anschluss an den Freistaat Bayern. Während sich der Freistaat Coburg in einer Volksabstimmung vom 30. November 1919 tatsächlich für diese Option und damit für die Loslösung von Thüringen entschied, konnte die Beteiligung Sachsen-Meiningens an der Gemeinschaft im Dezember 1919 durch die Gewährung außergewöhnlicher Sonder- und Reservatsrechte sichergestellt werden. Der „Gemeinschaftsvertrag“, der als die eigentliche Geburtsurkunde des neuen Thüringen angesehen werden kann, erfuhr somit am 4. Januar 1920 seinen rechtskräftigen Abschluss.

Da indes Länderneubildungen gemäß Artikel 18 der Weimarer Reichsverfassung durch ein Reichsgesetz erfolgen mussten, bedurfte es zur endgültigen Konstituierung des Landes einer entsprechenden Beschlussfassung der Deutschen Nationalversammlung. Nachdem dieselbe am 23. April 1920 einstimmig erfolgt und das „Gesetz, betreffend das Land Thüringen“ am 30. des Monats ordnungsgemäß ausgefertigt worden war, trat die Vereinigung der sieben Kleinstaaten zum Land Thüringen mit Wirkung vom 1. Mai 1920 in Kraft. Siebzig Jahre vor der Bildung des heutigen Landes Thüringen war damit die erste Landesgründung vollzogen.

Wenige Tage später, am 12. Mai 1920, verabschiedete der Volksrat mit der vorläufigen Landesverfassung, die auf einen Entwurf des Jenaer Staatsrechtlers Eduard Rosenthal zurückging, das erste Grundgesetz des neuen Landes. Wie das heutige Thüringen war es freiheitlich-demokratisch verfasst. Die endgültige Landesverfassung wurde schließlich am 11. März 1921 vom ersten gewählten Landtag von Thüringen angenommen. Mit diesem Schritt fand die Landesbildung auch staatsrechtlich ihren Abschluss.



Vom 3. Mai bis zum 31. Dezember 2010 zeigt das Thüringische Hauptstaatsarchiv Weimar im Archivgebäude Marktstraße unter dem Titel „Thüringens Wege in die Demokratie“ eine Kabinettsausstellung zu den Landesbildungen der Jahre 1920 und 1990.

Die Ausstellung kann zu folgenden Öffnungszeiten besichtigt werden:

Montag bis Mittwoch 8.00 – 16.00 Uhr

Donnerstag 8.00 – 18.00 Uhr

Freitag 8.00 – 16.00 Uhr